

Editorial – Thema der Woche

Montag, 13. Juni 2016

Wo soll man anfangen bei dieser vollkommen verquerten Situation? Natürlich hat die Selbstverwaltung innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung in letzter Zeit an vielen Stellen versagt, aber der Name des Gesetzes, das nun das Gesundheitsministerium zur Überwindung dieser Missstände plant, ist mindestens genau so fragwürdig, wenn nicht gar zynisch: „GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“ soll die Sache am Ende heißen, doch wenn man sich die jetzt vorgelegten Eckpunkte zu diesem Gesetz auf der Zunge zergehen lässt, dann handelt es sich um ein lupenreines „GKV-Selbstverwaltungsentmündigungsgesetz“. Also, dieser Zynismus der letzten Jahre bei der Namensgebung von Gesetzen sollte endlich mal aufhören. Er gießt Öl ins Feuer, statt die Wogen zu glätten. Davon hat keiner etwas.

Aber abgesehen davon: Tatsächlich lässt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, dass die Selbstverwaltung der Gesetzlichen Krankenversicherung begonnen hat, sich im hauptstädtischen Berlin und unter den Zentralisierungsvorgaben von Ulla Schmidt wie unter einer Käseglocke als vor allem sich selbst selig machende Institution zu generieren. Allein die Bautätigkeit von geschätzt etwa 5.000 Quadratmetern Bürofläche jährlich zeigt, dass hier irgendetwas nicht stimmt. Und damit sind keineswegs nur dubiose Finanzierungstricks gemeint. Es ist schlicht so, dass sich im Schatten der Berliner Regierungsgeschäfte eine Rüstungsspirale der Selbstverwaltung etabliert hat, bei der nur noch zum kleinen Teil eine adäquate Patientenversorgung im Fokus steht. Vielmehr überwiegt der gebannte Blick auf die „Rüstungsaktivitäten“ der anderen Selbstverwaltungspartner. Und befeuert werden diese Aufrüstungsaktivitäten von der Politik selbst, die mit immer größerer Intensität der Selbstverwaltung immer kleinteiligere Aufträge vor die Füße wirft. Allein 60 Aufträge an den Gemeinsamen Bundesausschuss hat die Fraktion der Grünen in dieser Legislaturperiode von Regierungsseite gezählt. Wie soll das gehen?

Das Dilemma ist aber, dass keine Seite in diesem teuren Spiel (zu Lasten der GKV-Versicherten übrigens) ausschließlich gut oder ausschließlich böse agiert. Jeder hat zum Teil Recht, und jeder hätte zugleich auch selber genügend Gründe, vor seiner eigenen Tür zu kehren. Das macht es sehr schwierig, klare Pro- oder Contra-Positionen zu beziehen. Natürlich stimmt es, beispielsweise, wenn der GKV-Spitzenverband sich beklagt, dass er für Verfehlungen im KBV-Vorstand in die Mitverantwortung genommen wird. Aber natürlich ist es ebenso richtig, dass eben dieser GKV-Spitzenverband für vielfache Blockaden mitverantwortlich ist, die im Gemeinsamen Bundesausschuss ausgetragen werden. Es ist also durchaus nicht so, dass irgendeiner der Berliner Selbstverwaltungspartner mit weißer Weste auf den anderen zeigen könnte, um sich von aller Schuld rein zu waschen. Und es ist übrigens auch keineswegs so, dass die Mitglieder der einzelnen Selbstverwaltungsblöcke stets mit großer Freude beobachten würden, was „ihre Interessenvertreter“ in Berlin so treiben...

Notwendig wäre also eine Erneuerung der Selbstverwaltung gewissermaßen „von unten“. Denn der einzelne Arzt (ob im Krankenhaus oder in seiner Praxis) und die einzelne Krankenkasse wissen eigentlich recht genau, was für eine effiziente und effektive Patientenversorgung das angemessene Versorgungskonzept wäre. Die Funktionärebene aber weiß es nicht mehr, sondern verbeißt sich stattdessen lieber in Schaukämpfe. Und die Wahrscheinlichkeit, dass nun ausgerechnet die Politik es weiß, scheint mir nicht eben höher. Was also Not täte, wäre ein „Gesetz zur Stärkung der Handlungsfreiheit der Versorgungspartner“. Und kein „Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“, das keiner anderen Intention folgt, als die Selbstverwaltung nachhaltig zu schwächen.